

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 7-8

Artikel: Die unerlässlichen Grundlagen des Friedens und die Verpflichtungen der Macht
Autor: Kobe, Willi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141605>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nichts dagegen, wenn wir Europäer eines Tages dort oben landeten. Aber wir müssen uns im klaren sein darüber, dass die Menschheit auch mit dem Mond sträflichen Missbrauch treiben *kann*, dass Gunst und Missgunst über eine weltgeschichtliche Tat, die ein Teamwork von 300 000 Wissenschaftlern und Arbeitern geleistet hat, die Menschheit auch zu trennen vermag. Mich dünkt, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, könnte im Nahen Osten der heisse Krieg bereits ausgebrochen sein. Das auf dem Mond gelassene Seismometer, das die dortigen Beben registriert, wird dann nichts mehr zu bedeuten haben gegenüber dem Seismograph Gottes in unserer Völkerwelt, gegenüber *Israel*. An ihm scheiden sich die Geister. Hoffen wir auch hier, dass nicht ein zweiter *Georges Bernanos* erneut ein Buch schreiben muss mit dem alten, ach so traurigen Titel: «*Les grands cimetières sous la lune*»!

Herbert Hug

Die unerlässlichen Grundlagen des Friedens und die Verpflichtungen der Macht

In den vergangenen Jahren war leider nicht viel Rühmliches vom politischen Handeln der USA zu berichten. Um so erwartungsvoller horcht man auf, wenn über den Atlantik ernst zu nehmende kritische Stimmen zu uns kommen, von denen gehofft werden kann, dass sie im Lande ihrer Herkunft gehört werden und auch in den obersten Spitzen des Regimes nicht unbeachtet bleiben können.

So ist mir erst unlängst eine Schrift unter vorstehendem Titel in die Hand gekommen, welche die Hauptbehörde des «Nationalen Bundes der christlichen Kirchen in den USA» — zu welchem beinahe alle christlichen Kirchen ausser der römisch-katholischen und einzelner fundamentalistischen Kirchen gehören, kurz «amerikanischer Kirchenbund» genannt —, im Februar 1968 herausgegeben hat. Unter dem Regiment des Präsidenten Johnson, zur Zeit der fiebrigen Studentenrevolten gegen den Krieg in Vietnam und des fortschreitenden Kampfes der Schwarzen um ihre menschliche Anerkennung, hat der amerikanische Kirchenbund diese «kurze Zusammenfassung über den Stand der Politik» in den USA erarbeitet, die sich besonders mit den kommenden Aufgaben der Aussenpolitik beschäftigt. Diese Schrift ist es wert, auch in Europa bekannt zu werden.

«Diese Zusammenstellung will klar machen, dass die heutigen internationalen Beziehungen zwischen den Nationen eine neue Ausrichtung der gegenseitigen Stellungnahme, der Politik und Aktionen verlangen», und zwar im besonderen in Hinsicht «auf die unerlässlichen Grundlagen des Friedens und die Verpflichtungen der Macht, soweit sie die USA betreffen».

Die Ausgangslage für die vorliegende Schrift sieht sie in der vielschichtigen Entwicklung, welche die Menschheit durchmacht. «Das zwanzigste Jahrhundert hat die einzigartige Tatsache geschaffen, dass es alle Menschen in eine gegenseitige Abhängigkeit voneinander gebracht hat... In dieser

Lage gilt es zu erkennen, wie Gott den Menschen zur gründlichen Prüfung der Dinge und zur Beurteilung der Vorgänge veranlasst hat, damit er seine Wahl auf Grund reicher und letztentscheidender Lebenswerte trifft.» Der Mensch kann diese seiner Zeit angemessene Wahl treffen, indem «die Botschaft Gottes in Jesus Christus es ihm ermöglicht, in Vertrauen, Hoffnung und Liebe zu leben, da sie ihm eine neue Art der Begegnung mit den internationalen Kämpfen ermöglichen... Gerechtigkeit ist eine Ausdrucksmöglichkeit der Liebe... Wir haben beides zu erringen, sowohl gesetzliche Ordnung als auch Gerechtigkeit, aber in unserer Welt steht Gerechtigkeit an erster Stelle. Solch eine Stellungnahme zu den heutigen internationalen Beziehungsverhältnissen verlangt eine neue Haltung, Politik und Handlungsweise.»

Bis jetzt, meint die Schrift, haben die Bevölkerung und die Regierung der USA die Zeichen der Zeit nicht verstanden, und deshalb sind sie mit ihrer Politik in die vorhandene Ausweglosigkeit hineingeschlittert. Wohl hat die Regierung sich gegenüber den kommunistischen Nationen differenzierend verhalten, aber «übersimplifizierend schied sie die Welt in zwei Lager, der eine ‚dritte Welt‘ als ein neutrales Vakuum angehängt war. Diese Schau nährte die offiziellen Kundmachungen, etwa in bezug auf den Krieg in Vietnam.» Obwohl der Bevölkerung der USA, wie auch ihrer Regierung, «ein tiefes Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Frieden in der ganzen Welt zukomme... so haben die USA trotzdem während der letzten zwei Jahrzehnte ihr Vertrauen in die militärische Macht zur Schau gestellt, als der vermeintlich einzigen Macht, die Frieden zu erhalten vermag...

Zudem haben die USA in steigendem Grad ihre Stärke zur Durchführung eigenmächtiger Beschlüsse eingesetzt ... wobei sie zu oft dafür gebraucht wurde, den Status quo zu erhalten... Der Tiefstand der gegenwärtigen Krise in der Aussenpolitik der USA findet seine Ursache darin, dass sie als eine Nation nur nach einem Horn der gegenwärtigen Verlegenheit gegriffen hat, um die unerlässlichen Grundlagen des Friedens zu festigen, wobei sie es verfehlte, fruchtbarere Lösungen anzupacken.»

Die neue Zeit ist wesentlich durch die Technologie erzeugt worden. «So wird sie zum Zeichen des Fortschritts, aber sie ist dies nicht immer. Sie stellt die Mittel sowohl zu einer allgemeinen Wohlfahrt, aber auch für einen gemeinsamen Untergang zur Verfügung. Der lebendige Gott hat die Welt so geschaffen, dass der Mensch sich nicht der Wahl zwischen Gut und Böse, Leben und Tod, Licht und Finsternis entziehen kann. Je nach unserer Entscheidung führen wir das Gericht Gottes aus... In unserer Zeit muss die Menschheit den Frieden finden oder sie wird untergehen. Individuelle Frömmigkeit und Sittlichkeit genügen dazu nicht mehr... Heutzutage sind die kritischen Entscheidungen politische Entscheidungen, diese Formel im weitesten Sinne verstanden.»

Friedenschaffende politische Entscheide sind aber nur auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu erwarten, meint der amerikanische Kirchenbund. «In der internationalen Welt gibt es wenig oder, besser, kein Recht, ebenso

ist auch auf dem internationalen Handlungsfeld die Gerechtigkeit rar. Deshalb trifft man heute dort die gefährlichsten Spannungen an, wo es um Gerechtigkeit geht. Gewiss muss auch gesetzliche Ordnung sein. Wir haben uns sowohl um diese wie auch um Gerechtigkeit zu bemühen, aber in der heutigen Welt steht die Gerechtigkeit im Vordergrund.»

Aus den vorstehenden Grundsätzen ergeben sich für die künftige Politik der USA entscheidende Änderungen. Sie wird im Alleingang niemals die erhoffte Gerechtigkeit bringen können, weshalb sie die Zusammenarbeit mit anderen Nationen nötig hat. Diese findet sie, indem sie in jeder Lage sich durch die Charta der UNO leiten lässt und in dieser Organisation ihren ihr zukommenden Platz ausfüllt. Dort haben die USA «alle Möglichkeiten ihrer Macht daraufhin anzuwenden, dass sich das Vertrauen zwischen den Nationen stärkt, besonders in bezug auf diejenigen, die bis anhin als Feinde oder Rivalen gewertet wurden. Alle Völker sind aus individuellen menschlichen Persönlichkeiten zusammengesetzt. Sie sind nicht ‚Coms‘ oder ‚Kommunisten‘ oder ‚Guerillas‘, sondern Individuen, welche, abgesehen von ihrer Ideologie oder Zukunftserwartung, dem Leben auf ihre Art und Weise begegnen. Die Anerkennung dieser elementaren Tatsache durch die Bevölkerung und die Regierung der USA ist die Voraussetzung für ein wachsendes Vertrauen in der Welt zwischen den Nationen und Völkern.»

Die Forderungen an die von den USA neu anzupackende Politik sind vielfältig. Die USA haben sofort eine entsprechende neue politische Haltung in Vietnam einzunehmen. Sie haben allein dann «einen angemessenen militärischen und wirtschaftlichen Beistand asiatischen Nationen zu gewähren, welche solchen von sich aus wünschen, aber unter Bedingungen, welche die nötigen sozialen Veränderungen nicht hindern, sondern unterstützen». Sie haben «provokatorische militärische Aktionen gegen die Volksrepublik China zu vermeiden ... dafür aber, wenn nötig, einseitige Initiativen zu unternehmen, damit sich Verbindungen durch Reisen und kulturellen Austausch anknüpfen und in der Folge eine würdige Formel gefunden werden kann, welche die Volksrepublik China ihren Platz in der UNO einnehmen lässt (wobei auch ein solcher für Taiwan beibehalten werden sollte). Ebenso hätten die USA von der Existenz der DDR Kenntnis zu nehmen wie auch die Regierung von Kuba anzuerkennen. Die unterschiedliche Behandlung von Importen aus kommunistischen Ländern ist einzustellen wie auch die Zurückhaltung von nichtmilitärischen und nichtstrategischen Exporten dorthin.» So soll auch die Behinderung der gegenseitigen Besucher von Sowjetrussland und den USA dahinfallen, wie auch der wissenschaftliche Austausch zwischen diesen beiden Ländern gefördert werden.

Die USA sollten aber auch durch ihre «Haltung und ihre Anstrengungen alles unternehmen, um mitzuhelfen, dass ein neuer Internationalismus heranwächst, damit die gegenwärtige zerrissene internationale Gemeinschaft überwunden werden kann ... Westliche Überlieferungen», meint die Schrift, «die im christlichen Realismus verwurzelt sind, sind sich der Gefahren wohl bewusst, die ungezügelter Macht innewohnen ... Allein, die Erfahrungen daraus, gegründet in Einsicht und Geschehnissen, sind nicht auf die Beziehun-

gen der Nationalstaaten angewendet worden; im Gegenteil sind sie zusammengeschwunden in dem Masse, als das Verlangen nach der Gründung von neuen Nationen den Nationalismus verstärkt hat... Die Notwendigkeit, welche die Nationen und Völker zwingt, verträglich zusammenzuleben, bezieht den Wunsch nach unbeschränkter Souveränität. Der neue Internationalismus verlangt unter den heutigen Bedingungen Institutionen und Machtstrukturen, die dem Willen zur Weltgemeinschaft Ausdruck geben und die der Gerechtigkeit, der gesetzlichen Ordnung und dem Frieden zwischen den Völkern und Nationen Kraft verleihen. Die Macht der USA sollte daraufhin ausgerichtet sein, nicht diese bestimmen zu wollen, sondern in erster Linie zu helfen, solche Institutionen und Entwicklungen zu stärken.» Deshalb «sollten die USA ihre Macht dafür einsetzen, dass ein Organ für gemeinschaftliche Entscheidung und gemeinsame Aktion durch die UNO, als der gegenwärtig letzten Instanz für internationale Beziehungen, geschaffen wird. Ein solches Unternehmen verlangt aber eine Entwicklung des nationalen Willens und Zwecksetzens in der Bevölkerung der USA, damit ihre Macht die Grundsätze der Charta der UNO unterstützen und entfalten helfen kann. Es gehört auch die Willigkeit dazu, Souveränität zum Wohl der Allgemeinheit beschneiden zu lassen, auf Grund der Erkenntnis, dass sie gestärkt wird und nicht verloren geht, wenn sie zur Sicherung gemeinschaftlicher Aufgaben Verwendung findet. Alle Nationen müssen überdies in der UNO willkommen sein, wie auch die friedenserhaltende Hoheit der UNO erweitert und gestärkt werden muss, worin die Verminderung und die Kontrolle der Rüstungsmassnahmen eingeschlossen sein soll. Wir rufen die USA auf, sich mit anderen Nationen in einem bevorzugten und anhaltenden Bemühen zu vereinen, um zu einem tatsächlichen und raschen Fortschritt bezüglich der Waffenkontrolle und einer allgemeinen Abrüstung zu kommen.»

Letztlich haben die USA «ihre Kräfte für eine neue Organisierung des Nationalismus und Regionalismus einzusetzen, welche einem Internationalismus gleichkommt... Zahlreiche internationale Machtzentren sind nötig, damit sie gegenseitig ausgewogen wirken können. Die Macht muss sowohl gezügelter als auch unparteiischer eingesetzt werden. Der Schlüssel zur grundlegenden Handhabung der Macht liegt heute auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Schwache Mächte vermögen wohl von aussen kommender politischer Nötigung zu widerstehen, aber es ist ihnen tatsächlich unmöglich, Bedingungen des Weltmarktes und grossen Kapitalmächten gewachsen zu sein.» Deshalb «sollten die USA alle Vorschläge aus Asien, Afrika und Lateinamerika willkommen heissen, die auf eine regionale Zusammenarbeit hinzielen; und wenn solche Vorschläge tatsächlich von jenen Völkern selber kommen, sollten sie die USA unterstützen, wenn auch die jetzigen ideologischen Linien durchkreuzt und sie nichtkommunistischen, neutralen oder kommunistischen Nationen zugute kommen würden... Die USA sollten ihre finanzielle Hilfe und andere Dienste zum Aufbau von Nationen für wirtschaftliche Entwicklung und für soziale Veränderungen in Asien, Afrika und Lateinamerika wesentlich vermehren.»

Immer wieder erinnert der amerikanische Kirchenbund in seiner Schrift

daran, dass «Friede ohne Gerechtigkeit nicht geschaffen werden kann». So hofft er, dass die Kirchen und die Christen als Bürger der USA äusserste Anstrengungen unternehmen, um die nötige neue aktive Politik zu erwecken, welche zum Aufbau eines gerechten Friedens dient.

In unserem Land wird immer wieder davon gesprochen, dass die Kirchen und ihre Christen ein Wächteramt an unserer Volksgemeinschaft auszurichten haben. Der amerikanische Kirchenbund beweist durch seine hier dargelegte Veröffentlichung, dass er diese Aufgabe eines Christen ernst nimmt und er gegenüber seiner Nation nicht den Nachtwächter spielen will. Tatsächlich finden sich auch viele junge und gereifte Christen in den USA unter den Spitzenkämpfern für eine menschenwürdige Innen- und Aussenpolitik ihres Landes. Es ist nur zu hoffen, dass dieser zukunftssträchtige Aufruf weiterhin das öffentliche Leben der USA anregen und ihre Politik auf Menschlichkeit hin ausrichten kann.

Willi Kobe

Der neue amerikanische Militarismus

wie ihn ein ehemaliger Waffenchef, *General David M. Shoup*, sieht.

«Seine Wurzeln hat der neue Militarismus in den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges. Das florierende militärische Establishment und die dazu gehörenden Industrien liefern den Dünger. Antikommunismus sorgt für ein dem Militarismus günstiges Klima. General Shoup, ein Held der Schlacht von Tarawa (Gilbert-Inseln, 1943) war 1957 bis 1963 Kommandant des United States Marine Corps und schrieb diesen Bericht zusammen mit Oberst James A. Donovan, einem anderen Offizier des Marine Corps.»

Amerika ist zu einer militaristischen und aggressiven Nation geworden. Unsere massive und blitzschnelle Besetzung der Dominikanischen Republik im Jahre 1965, die einherging mit dem Aufbau einer gewaltigen Militärmacht in Vietnam, war eine eindrucksvolle Demonstration unserer Bereitschaft, militärische Pläne prompt durchzuführen und für Fälle politischer Störungen oder potentieller kommunistischer Bedrohung unserer Interessensphären prompt militärische Lösungen zu bieten.

Diese Spezialkorps-Diplomatie (task-force diplomacy), vergleichbar mit der einstigen Kanonenboot-Diplomatie, erinnert an die Zeiten, da die Flotte und die Marine-Landeabteilungen, die der Präsident nach Belieben und ohne Befragen des Kongresses oder Kriegserklärung einsetzen konnte, unsere Interessen zu schützen pflegten. Zum Unterschied zu früheren Zeiten haben wir heute Einsatzpläne, die die Zusammenarbeit mächtiger Einheiten von Heer, Luftflotte und Flotte erfordern, um unsere Interessen oder die unserer Alliierten zu schützen, wann immer und wo immer wir kommunistische Aggression vermuten. Es sind gegenwärtig mehr als anderthalb Millionen